



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hennig, Richard: Konflikte im Entente-Lager

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

deutschen Sprachinseln, so Deutschbrodek (5253 Deutsche und 26 Tschechen), einige Dörfer bei Pardubitz an der Oberelbe und andere kommen lediglich als Austauschobjekte gegen in ähnlicher Lage befindliche tschechische Siedlungen in Betracht.

Im Zusammenhange mit diesem Schönhengstler Gaue wäre noch des deutschen Gebietsstreifens Nordostböhmens zu gedenken, der mit den Mittelpunkt Orten Grlitz und Rokitzitz (beides deutsche Gerichtsbezirke) am Südluß des Adlergebirges sich erstreckt. Von dem breiteren Rande deutscher Siedlung in Nordostböhmen, den der Riesengebirgsgaue, ist derselbe durch tschechisches, hier (nördlich von Nachod) die preußisch-schlesische Grenze berührendes Volkstum auf zwanzig Kilometer geschieden, auch nach Süden durch eine tschechische Welle auf der Strecke Senftenberg—Hohenstadt von dem Schönhengstler deutschen Volksgebiete getrennt. Er wird eine Teilnahme an dem politischen Eigenleben eines Deutschböhmens in engerem Sinne in Erkenntnis der geographischen Lage also ebenso für überflüssig erachten wie die Schönhengstler Jglauer und Reubitzriker Gaue. Mit den Deutschösterreichern hat er auf seiner schmalen Ostflanke (25 bis 30 Kilometer) Berührung, gravitiert also nach dem neuen „Sudetenlande“: Wie der Riesengebirgsgau lehnt dieses Gebiet in seiner breiten Nordfront sich an das ihm stammverwandte schlesische Volk an und erfährt durch die Meißelalbahn von Deutschland her reiche wirtschaftliche und kulturelle Verührungen.

Was für ein Deutschböhmen keinesfalls zu retten ist und außerhalb desselben den Kampf um sein deutsches Volkstum aus eigener Kraft auszufechten haben wird, das sind außer den kleinen Volksinseln die Deutschen der größeren Städte Tschechischböhmens: Prag (37 406), Pilsen (10 036 neben 69 882 Tschechen) und Budweis (16 903 neben 27 309 Tschechen). Nur Vereinbarungen über gegenseitig zu verbürgenden Schutz der völkischen Minoritäten, die im Interesse beider Völker liegen müssen, vermögen diese auf schwerem Posten stehenden Deutschen künftig zu stärken. Eine autonome Gesetzgebung nach Art der kürzlich erlassenen ungarischen, dessen Paragraph 3 den Deutschen in innerer Verwaltung, Rechtspflege, Unterrichts-, Kultur- und Kirchenangelegenheiten freie Verfügung läßt, wäre zur Wahrung der Volksrechte aller in den tschechoslowakischen Staatsverband tretenden Deutschen ein unbedingtes Erfordernis.



Konflikte im Entente-Lager

Von Dr. Richard Hennig



immer deutlicher geht aus den dürftigen Auszügen über die Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz hervor, daß die Luft im Verhandlungsfaal mit Elektrizität geladen ist, daß die Konflikte sich von Woche zu Woche häufen. Italiens Drohung vom 21. März, sich ganz von den Verhandlungen zurückziehen und die Konferenz zu sprengen, wenn nicht eine bestimmte Forderung wegen Fiumes bewilligt würde, beleuchtete die Lage wie ein greller Blitz. Seit her sind weitere sehr bemerkenswerte Anzeichen hinzugekommen. Bevor die Konferenz begann, versprach Wilson Öffentlichkeit der Verhandlungen, wie sie Anfang 1918 in Brest-Litowsk tatsächlich durchgeführt worden war. Statt dessen tagen die Entente-Staatsmänner seit Mitte Januar in Paris hinter ängstlich verschlossenen Türen, so daß die Geheimnisfrämerei schon den Spott der neutralen Presse hervorgerufen hat. Die einzige Ursache hierfür ist natürlich in der mangelnden Einigkeit zu suchen, von der die Welt draußen nichts erfahren soll. Am 14. Februar hat man zwar den „Völkerbund“ aus der Taufe gehoben,

der das Zeitalter der ewigen Harmonie der Menschheit einleiten sollte, aber selbst in der kleinen Aktiengesellschaft der Kriegsgewinner, die heute allein den Völkerbund bildet, muß es um diese Harmonie mehr als merkwürdig bestellt sein, wenn man sich die Bedeutung der jüngsten Maßnahmen vergegenwärtigt. Die schon zehnmal durchgesehenen Informationen für die Presse sind neuerdings ganz eingestellt worden, die Vertreter der vier europäischen Hauptmächte tagen jetzt im engeren geschlossenen Kreis und haben die Delegierten der kleineren verbündeten Staaten aus den Sitzungen zunächst hinauskomplimentiert — alles immer mit der Begründung, es seien noch zu viel Indiskretionen in die Öffentlichkeit gesickert. Das läßt tief blicken! Beim Waschen der schmutzigen Wäsche scheint es mehr als lobhaft zuzugehen. Man erfährt zwar immer nur von Gegensätzen, die zwischen Wilson und Clemenceau bestehen, den Männern, die tatsächlich die politischen Gegenpole der Konferenz darstellen. Daß aber auch sonst noch allerhand Reibungen bestehen müssen, erkennt man, wenn man die Blänkeleien der feindlichen Presse bezüglich gewisser Probleme etwas genauer verfolgt.

Versuchen wir nun einmal, von dem Rattenkönig der Konfliktstoffe uns ein Bild zu machen, indem wir einige Offenheiten der Entente-Presse aus den letzten Monaten belauschen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß es sich dabei nur um eine kleine, beliebig zu vermehrende Auswahl von Äußerungen handelt:

1. Französisch = englische Reibungen:

„Die Kommission hat als Grundlage ihrer Arbeiten die von England vorgeschlagene Formel (wegen der Kriegsschädigungen) angenommen, das heißt Frankreich und Belgien sind den egoistischen Absichten der britischen Regierung geopfert worden. Selbstverständlich hat dieser Beschluß den denkbar peinlichsten Eindruck in unserem Lande hervorgerufen, obgleich man nicht gleich folgern soll, daß die englische Formel in ihrer ganzen Brutalität zugelassen sein wird. Immerhin bleibt es ein starkes Stück, daß das Vorrecht von Schuldsforderungen, das durch Verwüstungen und Plünderungen des Feindes begründet ist, bestritten werden konnte“ („Nouvelles", 18. Februar 1919).

„Unter dem Vorwand einer internationalen Organisation richten sich die Engländer als Herren am Bosphorus ein. Lassen wir uns durch diesen Vorwand nicht dumm machen. . . Wahrheit ist, daß wir einem waghalsigen Versuch, die Türkei verschwinden zu lassen und den Beschlüssen der Friedenskonferenz vorzugreifen, gegenüberstehen“ („Libre Parole", 23. Januar).

„Wenn man alle Ursache hatte, das was Zar Alexander als Schlüssel seines Hauses bezeichnete (das heißt Konstantinopel), nicht den Russen auszuliefern, so sprechen noch stärkere Gründe dafür, daß dieser Schlüssel sich nicht in andere Hände verlieren darf“ („Temps", 21. Januar).

„Wir treten im Namen Syriens den gesamten Handel des Südens an England ab, indem wir es sich in Haifa einrichten lassen, während wir auch den Handel des Nordens dem fremden Wettbewerb ausliefern, da wir den Freihafen Alexandrette jedem Ankömmling öffnen. . . Man braucht nicht mehr, um das Land durch Haifa und Akko England tributpflichtig zu machen“ (Charles Albert in „Action française").

Aus den Verhandlungen der Pariser Kammer vom 11., 13. und 14. Februar: „Die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens wird durch die englische Besatzung besonders erschwert. Die Engländer geben die von ihnen belegten Fabriken nicht frei“ (Senator Debierre). „Die englischen Tommy's sind große Kinder, sogar enfants terribles, die mehr oder minder marodieren, besonders seitdem die Disziplin nachläßt. . . Sie verbrennen die Möbel und die Fußböden, in Carvin und Arras ist es das gleiche. . . Die Abneigung (um es milde auszudrücken) ist groß“ (Senator Bondonort).

(Notabene: Das heikelste aller englisch-französischen Problem, die Calais-Frage, hat neuerdings überhaupt noch niemand wieder anzuschneiden gewagt!)

2. Belgisch-englische Reibungen:

„Das englische Volk trat in den Krieg, weil dies im Interesse unsres Landes lag. Die englische Regierung aber erklärte den Krieg, weil dies im Interesse ihres Landes (!) lag. Während das englische Volk unsre Flüchtlinge wie eigne Kinder behandelte, trachtete die Regierung danach, unsre Industrie in ihr Land zu überführen. Unsre Glasindustrie z. B. ist bereits teilweise in England eingebürgert, und das (britische) Ministerium will mit allen Mitteln verhindern, daß unsre Diamantarbeiter nach Antwerpen zurückkehren. . . Wir dürfen nicht vergessen, daß diejenigen Länder, die im Kriege unsre Bundesgenossen waren, im Frieden unsre Konkurrenten sind“ („Stem uit België“, 31. Januar).

„England verkauft uns gern so viel Meter Stoffe, wie es entbehren kann, sendet uns aber kein Kilo Wolle oder Baumwolle, damit unsre Spinnereien und Webereien arbeiten können“ („Gazette de Bruxelles“).

„Die Deutschen sind glücklicherweise fort; wir erhielten dafür sehr viele Poilus und Tommy's, Schotten mit nackten Beinen und Filz-Amerikaner und — man vernimmt aufatmend, daß sie bald wieder abreisen werden, denn die öffentliche Sittlichkeit ist nicht besser geworden, und wir haben durch ihre Anwesenheit nicht viel mehr als einige peinliche Straßenszenen gewonnen“ (Belgischer Bericht im „Nieuwe Rotterdamse Courant“, 6. Februar).

„Die guten Leute, die glaubten, daß alles besser würde, wenn nur erst die Deutschen Belgien geräumt hätten, sind aufs tiefste enttäuscht. Sie hofften, daß das Leben billiger werden würde. . . Die Rohstoffe sind unauffindbar, die Transporte kostspielig und schwierig, und das versprochene Glück verschwindet im Nebel“ („Belge Indépendant“, 7. Januar).

3. Französisch-amerikanische Reibungen:

Sie sind zahlreicher als alle andren und betreffen ziemlich jeden einzelnen Punkt der Verhandlungen. Hier sei nur festgestellt, daß auch die privaten Beziehungen zwischen Franzosen und Amerikanern wenig nach dem neuen Völkerbund schmücken:

„Die amerikanischen Soldaten sind über die Art, wie sie in Frankreich überverteilt werden, sehr erregt. Es herrscht bei ihnen die Ansicht vor, daß sie gerupft werden, und viele von ihnen stellen, sehr zu Ungunsten Frankreichs, die Expropiationen, deren Opfer sie sind, der liberalen Behandlung gegenüber, die ihnen in der Rheinzone von seiten der „Sunnen“ zuteil wird. . . Die amerikanischen Soldaten sind angesichts der Tatsache, daß sie für Frankreich kämpften, mit Recht erstaunt und verärgert durch die Wahrnehmung, daß der feindliche Kaufmann anständig, der alliierte Kaufmann oft nicht einmal ehrlich ist“ („New York Herald“, 3. Februar).

„In der „New York World“ schreibt Ralph Pulitzer einen bemerkenswerten Artikel, daß das amerikanische Besatzungsheer in Deutschland das deutsche Volk sympathisch findet und das französische Volk im Vergleich mit jenem wenig günstig beurteilt. Dieser Eindruck war bei den amerikanischen Soldaten sehr stark. Man hatte Pulitzer gefragt, warum man den amerikanischen Soldaten „in den Vereinigten Staaten nicht gesagt hätte, gegen wen sie abgesandt worden wären“ („Nieuwe Rotterdamse Courant“, 4. Februar).

4. Englisch-amerikanische Reibungen:

Annahme einer Resolution des Repräsentantenhauses des amerikanischen Kongresses auf Antrag des Abgeordneten Carey, vom 28. April 1917:

„Da die Alliierten wiederholt erklärt haben, daß sie für die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen kämpfen, da die Vereinigten Staaten jetzt mit dem gleichen Endziel in den Krieg eingetreten und die Vurenrepubliken in Südafrika von Großbritannien annektiert worden sind, wodurch ihre Nationalität und Demokratie vernichtet wurde, beschließt das Repräsentantenhaus der U. S. A., daß die Vertreter der U. S. A. bei den Friedensverhandlungen hier-

durch angewiesen werden, ihren Einfluß für die Wiederherstellung der Burenrepubliken geltend zu machen."

Annahme einer Resolution des Repräsentantenhauses des amerikanischen Kongresses auf Antrag des Abgeordneten Sattagher, von Anfang Februar 1919:

"Die bevollmächtigten Vertreter der U. S. A. zur Versäiler Friedenskonferenz werden hiermit dringend ersucht, die Ansprüche Irlands auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Sinne Wilsons warm zu befürworten."

"In voriger Woche hat das amerikanische Haus der Gemeinen dem vom Ausschuß für auswärtige Beziehungen gegebenen Bericht zugunsten der Selbstbestimmung Irlands bei der Friedenskonferenz beigegeben. Unter gewöhnlichen Umständen mag man das eine Einmischung in unsre Privatangelegenheiten nennen" („Common Sense", 15. Februar 1919).

"Wenig Mitleid erwecken bei uns die heftigen Klagen amerikanischer Senatoren, die behaupten, Großbritannien wolle durch solche Maßnahmen (Einfuhrbeschränkungen) das amerikanische Ausfuhrgeschäft schädigen. Senator Lewis warnt uns, den Geist von 1812 zu erwecken, und Senator Weeks jammert über den angeblichen Versuch, den englischen Handel auf Kosten des amerikanischen aufzubauen" („Birmingham Post", 7. Februar).

"Vertrauliche Dokumente, die sich im Besitz der Regierung befinden, zeigen, daß Großbritannien zu Methoden greift, welche in unserem Lande, das doch Großbritannien den Krieg gewinnen half, schwer verstanden werden. Sorgfältige Erhebungen, die von Regierungsvertretern angestellt wurden, ergeben die folgenden Tatsachen: 1. Britische Schiffe verlassen den Hafen von New York lieber mit halber Ladung oder in Ballast, als daß sie amerikanische Erzeugnisse befördern (!) . . . 3. Von New York geht seit mehreren Monaten eine üble Propaganda gegen die amerikanischen Handelschiffe aus, die vom amerikanischen Schiffsahrtsamt gebaut sind und unter seiner Kontrolle stehen. Diese Propaganda sucht zu beweisen, daß die genannten Schiffe „Blechdampfer" seien, obwohl jedes Schiff vor der Abnahme durch Lloyd's besichtigt worden ist. Daniels, der hier im Lande als Wilsons Sprachrohr in Fragen der Kriegs- und Handelsmarine angesehen wird, ist in den letzten Tagen Gegenstand von Angriffen mehrerer britischer Journalisten gewesen" („New York American", 11. Februar).

"Der bolschewistische Konsul Mac Bean sagt einen großen Krieg zwischen Amerika und England voraus, der aus wirtschaftlichen Gründen in fünf Jahren ausbrechen dürfte" („Morning Post", 25. Januar).

"Es ist selbstverständlich, daß Amerika nicht gegen die Mittelmächte rüstet, sondern gegen seine jetzigen Verbündeten England und Japan" („Göteborgs Aftonbladet", 21. November 1918).

"Die Beunruhigung muß in England verhängliche Fortschritte gemacht haben. . . Wird man, wenn die „deutsche Gefahr" beschworen ist, die „amerikanische Gefahr" heraufkommen sehen? . . . Auf einen Vergleich mit England ist nicht zu rechnen. Es fehlte nur noch, daß uns im Anschluß an den Weltkrieg ein englisch-amerikanischer Krieg um die Herrschaft der Meere auferlegt würde" („Feuille", Genf, 29. August 1918).

5. Italienisch-englische Reibungen:

"Die internationale Verwaltung (der deutschen Kolonien) durch den Völkerbund wird nur zu bald einer rein britischen das Feld räumen müssen. . . Der Vorschlag Englands ist nichts als eitel Spiegelfechterei und unter der Maske der Selbstlosigkeit nur darauf berechnet, bei der Verteilung den Gleichgewichtsfaktor auszuschalten" („Perseveranza", 28. Januar).

"Die geplanten Mandate des Völkerbunds sind eine Maskerade, die die Einverleibung verhüllen soll" (Cittoni in der italienischen Kammer, 11. März).

Zu allen diesen lehrreichen Rundgebungen rechne man noch die äußerst scharfen Konflikte, in die Italien mit den Südslawen verwickelt ist, und die so

bedeutend sind, daß man schon fast von einem neuen Kriegszustand sprechen kann. Diese Differenzen bestehen auch zwischen Italien, Frankreich und England, da Italien wie der Jude Chylock auf seinem Pfund Fleisch beharrt, das in diesem Falle das Londoner Abkommen vom 26. April 1915 ist. Frankreich und England aber wollen zugunsten der Südslawen von diesem Abkommen nichts mehr wissen. Die Folge ist eine überaus gereizte Stimmung der imperialistischen Kreise in Italien gegen Frankreich, mit dem man sowohl über die Frage der östlichen Adria wie über den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland grundverschiedener Meinung ist. Während in Italien selbst die revolutionäre Arbeiterschaft scharf Front macht gegen alle imperialistischen und kapitalistischen Pläne im eignen Lande, läßt die Regierung es über die Fiume-Frage fast zur Sprengung des Kongresses kommen. Dazu ist Italien auch wegen der geplanten Lösung der syrischen Frage sehr unzufrieden mit Frankreich und England, und liegt um Kleinasien, den Dodekanes und den Epirus mit Griechenland im Konflikt. Nur kurz sei erwähnt, daß auch zwischen Japan einerseits, den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland andererseits recht scharfe Gegensätze über eine ganze Reihe von Fragen bestehen, um zu erkennen, welche wundervollen Fortschritte die Harmonie der ganzen Welt seit der Begründung des Völkerbundes gemacht hat.

Auf der Friedenskonferenz sind ja bislang die allerbedenklichsten Streitfragen, wie Irland, Burenstaaten, Ägypten, Konstantinopel, Calais, Freiheit der Meere usw. überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen. Schon bei Erörterung der harmloseren Probleme aber hat sich eine „Einigkeit“ ergeben, die an charakteristischsten wohl von der englischen Zeitschrift „Statist“ geschildert wurde, als sie am 8. Februar schrieb:

„So weit sich die Konferenz bis jetzt abgespielt hat, stellt sie nichts weniger als einen Erfolg dar. Wir empfinden, daß wir in vielen Punkten nachgegeben haben, die uns wirklich recht sehr gegen den Strich gingen. . . Frankreich wiederum ist keineswegs mit der Auffassung bezüglich des Rheines zufrieden. Vielleicht ist es überempfindlich. . . Frankreich ist enttäuscht und peinlich berührt, weil seine eignen Verbündeten ihm gegenüber Argwohn hegen. . . Zu alledem kommt dann noch eine starke Erregung der Serben und Kroaten einerseits, der Polen andererseits. Für den Augenblick werden sie in Schranken gehalten. Aber jeden Augenblick können sie die Schranken durchbrechen. . . Soweit wir urteilen können, hat es die Konferenz bisher niemandem recht gemacht.“

Diese interessante Übersicht wird ergänzt durch eine Auslassung der „Times“ vom 28. Januar über die kolonialen Differenzen:

„Deutsch-Ostafrika wird wahrscheinlich an Großbritannien als Beauftragten des Völkerbundes übergeben werden. Freilich sind hier auch die Ansprüche Belgiens zu berücksichtigen. Über Kamerun und Togo gibt es fast (!) nur eine Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England. . . Die Zukunft der Inseln des Stillen Ozeans macht Schwierigkeiten. Nach dem englisch-japanischen Vertrag sollte der Äquator die Südgrenze des japanischen Machtbereichs darstellen. Dies würde den Japanern den Besitz der Marschall-Inseln und der Karolinen lassen. Die Australier sind aber mit einer solchen Annäherung der Japaner an ihr Gebiet keineswegs zufrieden. Sie fragen, warum die Japaner den Besitz jener Inselgruppen anstreben, die wirtschaftlich fast wertlos sind, aber strategisch eine erhebliche Bedeutung haben.“

Die Bilanz von zweieinhalb Monaten Friedenskonferenz ist also trotz der Gründung des Wilsonschen Völkerbundes, über den die lieben Bundesgenossen arg boshafte Glossen machen, allgemeine Enttäuschung, Unzufriedenheit, Unsicherheit und Unfriede. Wilsons in der letzten Märzwoche ausgesprochene Drohung, die Friedenskonferenz in ein neutrales Land zu verlegen, wenn Frankreich von seinen Überspanntheiten nicht lassen will, beleuchtete die Situationen nicht minder grell als Italiens Drohung mit der Boykottierung der ganzen Konferenz. Wohin werden wir da erst ein Vierteljahr später geraten, wenn die wirklich ernststen und drohenden Konfliktstoffe inzwischen wohl oder übel am Beratungstisch zum Vorschein gekommen sind?